



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Köhrer, Erich: Die Besatzungsfrage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Besatzungsfrage

Von Erich Köhler

Die rheinische Frage ist in dem besetzten Gebiet längst dem Hader der Parteien entrückt. Unter dem Druck der Besetzung ist in entscheidenden Augenblicken die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen wiederholt entschieden in Erscheinung getreten. Auch im Reich sollte man längst erkannt haben, daß es sich um deutsche, nicht um parteipolitische Probleme handelt. Wir lassen daher auch gern in dieser Frage an dieser Stelle einen Rheinländer zu Worte kommen, der als entschiedener Pazifist, Sozialist und Republikaner sonst gewiß in vielen Dingen andere Wege geht, als sie für die Gestaltung der „Grenzboten“ üblich sind.

Seitdem vor ein paar Wochen die Entente die sogenannten „Sanktionen“ im besetzten Rheinland wenigstens in wirtschaftlicher Beziehung offiziell aufgehoben hat, fühlt man sich im Reich über das Schicksal und die Zustände der Rheinprovinz einigermaßen beruhigt. Weil die unerhörte Leistung des Heeres das deutsche Land fast ganz davor bewahrt hat, die Schrecken des Krieges aus eigenem Erleben kennen zu lernen, weil der größte Teil Deutschlands keinen Feind anders gesehen hat, wie als Gefangenen, darum ist man nicht imstande, sich recht vorzustellen, was nach der angeblichen Beseitigung der wirtschaftlichen Druckmittel die Besetzung, die ursprüngliche und die durch die militärischen Sanktionen vermehrte, eigentlich für das Rheinland und die Rheinländer bedeutet.

Und doch ist entscheidend für die Zukunft dieser blühenden Provinz und — durch ihren Zusammenhang mit dem Reich mittelbar wie auch durch die pekuniäre Last unmittelbar — für die des ganzen Deutschland gewiß die Frage der Besetzung. Selbst wenn wirklich die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben wären (sie sind es nicht, die Behauptung ist eine große, leicht nachzuweisende Lüge!), würde die Not der Rheinprovinz und ihre Wirkung auf die Gesamtheit nicht wesentlich verringert, bei weitem nicht erträglich gemacht sein, solange ihr die Faust der Besetzung würgend an der Gurgel sitzt. Ich habe in einer Broschüre („Rheinische Wirtschaftsnot“, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W. 8.) vor einigen Wochen die Zusammenhänge dieser Not mit der Besatzungslast eingehend dargelegt und bereits dort betont, daß diese ganze Not in der Besetzung des Landes wurzelt und nur aus diesem einzigen Punkte zu beseitigen ist.

Aus dem Gewirr von Meldungen über die Probleme, die die Konferenz von Cannes beschäftigen sollten, mußte darum besonders die Nachricht uns Deutschen nahegehen, daß England beabsichtige, die Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes vorzuschlagen und dafür Frankreich durch eine Neutralisierung der Provinz die so ängstlich geforderte Garantie für seine Sicherheit zu geben. Ehe der Vorschlag zur Erörterung gelangen konnte — wenn er überhaupt wirklich geplant war! — flog die Konferenz auf. Aber da er einmal aufgetaucht ist, liegt die Möglichkeit vor, daß man in Genua doch von ihm reden wird. Denn er entspringt ja nicht irgendwelchen Gefühlswallungen, sondern einfach der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit der Engländer.

Das Politische vorweg: die Engländer wissen, daß aus den Beziehungen, in die die Besetzung die ausführenden Völker mit dem besetzten deutschen Gebiet bringt, nichts anderes erwachsen kann als ein tiefer, innerlicher Haß. Die Faust, die sich nur in der Tasche ballen darf, das aber Jahre lang tun muß, wird sich nicht leicht wieder zu einem freundschaftlichen Händedruck öffnen. Die Engländer wissen auch, daß es unmöglich ist, eine Besetzung so zu gestalten, daß der Haß nicht erstarrt. Man kann ihnen das Zeugnis nicht versagen, daß sie gewiß sich bemühen, die Formen der Besetzung zu mildern. Aber die bloße Tatsache genügt, um Härten zu schaffen, aus denen der Völkerhaß stets neue Kräfte saugt.

Viel wichtiger aber noch sind die wirtschaftlichen Gründe, die gegen das bisherige System sprechen und die den Engländern gewiß nicht unbekannt geblieben sind. Solange 120 oder 150 000 Soldaten als Besetzungstruppe im Rheinland stehen, wird die rheinische Wirtschaft aus tausend Wunden bluten, wird dieser gewaltige Wirtschaftsfaktor nicht nur für die Reparationslasten völlig unfruchtbar bleiben, sondern darüber hinaus die Belastung der Weltwirtschaft nur noch vermehren.

Diese Wirkung übt die Besetzung auf die Gestaltung des rheinischen Wirtschaftslebens direkt und indirekt aus, in jeder Hinsicht aber gleich verheerend. Zunächst geht von ihr das stärkste Gefühl aus, das in den Bewohnern des besetzten Gebietes lebendig ist, das Gefühl der absoluten Rechtlosigkeit. Die feindliche Soldateska erinnert die Bewohner stündlich daran, daß sie fremder Willkür preisgegeben, nicht mehr Herren im eigenen Hause sind. Dieses Gefühl zerstört natürlich jede Entscheidungsfähigkeit, jede Neigung zu produktiver Arbeit, jede Tatkraft. Man muß vor neuen Unternehmungen zurückschrecken, wenn man nie vor einem Eingriff der Besetzung sicher ist, und man verliert jenen Lebensmut, der sonst stets gerade ein besonderer Vorzug des Rheinländers war und ihn so zur schaffenden Arbeit ertüchtigte, wenn man im eigenen Heim der Willkür militärischer Einquartierung ausgesetzt ist. Das Kapitel von der Ungeheuerlichkeit der Quartierlasten würde zu dicken Bänden anschwellen, wenn man die Einzelfälle der privaten Erlebnisse zusammenstellen wollte. Nur ein paar Zahlen aus kommunalen Lasten sollen eine Probe geben. In der nicht sehr geräumigen Stadt Coblenz sind gegenwärtig 500 Quartiere beschlagnahmt. Wer eine Wohnung von sechs Zimmern hat, muß durchschnittlich drei Zimmer abgeben und die Küche gemeinsam mit den Quartiergästen benutzen, wobei die Gemeinamkeit darin besteht, daß man von der Gnade der Einquartierung in bezug auf die Benutzung völlig abhängig ist. Außerdem sind in Coblenz noch etwa 500 Einzelquartiere von ein oder zwei Zimmern beschlagnahmt und fast sämtliche Hotels mit 900 Betten. In Duisburg, einer Stadt von etwa einer Viertelmillion Einwohnern, wurde Anfang Mai die ursprüngliche Besetzung von 12 000 Mann auf etwa 25 000 Mann vermehrt. Alle nur irgendwie verwendbaren Säle mußten genommen werden, von den 62 Schulen wurden die 26 größten belegt. Sicher blieb mindestens die Hälfte der Schüler ohne Unterricht. Daß zahlreiche Fabriken, Schuppen und dergleichen ihrem ursprünglichen, produktiven Zweck entzogen wurden, um als Unterkünfte zu dienen, ist begreiflich.

Aber wenn die Besetzung auf der einen Seite solche drückenden Lasten bringt und die Betätigungsmöglichkeiten der Bevölkerung stark behindert, so unterstreicht sie diese Wirkung noch dadurch, daß sie die Existenznotwendigkeiten außerordentlich in die Höhe treibt. Der gemeine Mann bekommt in dem amerikanischen Söldnerheer täglich einen Dollar außer der Stellung aller Lebensbedürfnisse. Das war im November ein Tageslohn von 300 Mark, und wenn der Kurs auch wieder gefallen und wenn die Valuta der anderen fremden Truppen nicht ganz so günstig ist, so kann man doch sagen, daß die Löhne sich zwischen 60 und 150 Mark mindestens bewegen. Da der

Soldat dieses Geld nur für unnötige Dinge auszugeben braucht, zahlt er willig jeden Preis, der ihm für eine Ware abverlangt wird. Man möchte annehmen, daß also die rheinischen Kaufleute geschäftlich höchst zufrieden sein könnten. Aber dem erhöhten Umsatz steht die Erscheinung gegenüber, daß die Kaufkraft der Fremden alle Lebensbedürfnisse unerhört in die Höhe getrieben und das Existenzminimum für die Bevölkerung in gefährlichstem Maße emporgeschwemmt hat. Denn diese Erhöhung, die in den letzten anderthalb Jahren geradezu sprunghaft eingetreten ist und die z. B. im August 1921, als der Zentner Kartoffeln in Berlin 80 Mark kostete, im Rheinland einen Preis von 130 bis 140 Mark hervorgerufen hatte, setzt natürlich das Wirtschaftsleben den schwierigsten Belastungen und einer zerstörenden Unsicherheit der Kalkulation aus. Die Arbeiterschaft der rheinischen Industrie hat das berechtigte Verlangen, ihre Einkünfte der Teuerung anzupassen. Sehr weite, sozial denkende Kreise der Arbeitgeber haben für die Notwendigkeit der Forderungen volles Verständnis, erklären aber ihre Erfüllung für unmöglich. Die Rheinlande gehören zum deutschen Wirtschaftsgebiet, ihre Währung ist die Mark. Will die rheinische Industrie konkurrenzfähig bleiben, so muß ihre Preisgestaltung Schritt halten mit der Preisbildung der reichsdeutschen Industrie in ihrer Gesamtheit. Das wird ihr aber unmöglich gemacht, wenn sie ihre Löhne über die im Reich üblichen hinausschrauben muß. Daher steht man im Rheinland vor ganz besonders schweren Lohnkämpfen, die arge Erschütterungen des Wirtschaftslebens mit sich bringen werden, und für die herrschende Unsicherheit kann man das bemerkenswerteste Symptom darin erblicken, daß die rheinische Arbeiterschaft neuerdings keine Tarife mehr für länger als Monatsfrist abschließen will, weil sie der Meinung ist, daß längere Bindungen nicht den Verhältnissen entsprechen. Daß jedoch Lohnvereinbarungen, die nur für einen Monat getroffen sind, schließlich nicht mehr recht als Tarife zu bezeichnen sind, läßt sich nicht bestreiten.

Das Rheinland ist seit bald drei Jahren mit alliierten Truppen gespickt. Wenn neuerdings in Coblenz sich ein Abnehmen der militärischen Besatzung bemerkbar macht, wenn die Amerikaner tatsächlich Truppen in erheblichem Maße abtransportieren, so wird diese leichte Entspannung völlig wieder ausgeglichen durch die dauernde Vermehrung der Kommissionsmitglieder, die mit Kind und Regel ihren Einzug halten. Aber es handelt sich überdies bei den Amerikanern bisher doch nur um die Zurückziehung geringer Verbände vom platten Land. Das flache Land war früher überhaupt ziemlich verschont geblieben, weil es wohl an Unterkunstmöglichkeiten fehlte. Aber seit der Zeit der glorreichen Sanktionen wimmelt es auch in den kleineren Ortschaften von Ententesoldaten in allen Farben und man sieht im Industriegebiet kaum einen Bauernhof, der nicht mit Kavallerie belegt wäre. Manchmal bemerkt man in kleinen Städten mehr Soldaten als Bürger. Die starke Belegung würde begreiflich sein, wenn irgendwo im Rheinland ein Herd des Aufruhrs wäre, wenn irgend ein Mensch an gewaltsame Erhebung, an ein bewaffnetes Abschütteln des fremden Joches in absehbarer Zeit denken würde! Das ist, so sehr ein leidenschaftlicher Haß, insbesondere gegen die Franzosen, das Land durchglüht und alle politischen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen wiederholt schon zu gemeinsamem Vorgehen zusammengeschmiedet hat, nicht der Fall. Man weiß im Rheinland vielleicht noch besser als im Reich, daß die Zukunft des neuen Deutschland nicht auf Waffen, sondern auf Arbeit gegründet werden muß, und man hat keinen anderen Wunsch, als den, friedlich seiner Arbeit nachgehen zu können. Um so aufreizender und — lächerlicher wirkt daher die ungeheuerliche Besetzung mit fremder Soldateska.

Sie wirkt um so mehr, als man im Rheinland sich sehr wohl darüber klar ist, daß die Entente mit der Aufrechterhaltung dieser unnützen Besetzung die

Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen, die Durchführung des Reparationsprogrammes, selbst unmöglich macht. Nach einer Berechnung aus französischen, also gewiß nicht deutschfreundlichen, Quellen hat Deutschland bis September 1921 volle 120 Milliarden Mark für die Besatzungskosten aufzubringen. Das bedeutet für jeden Deutschen, ob Mann, ob Weib, ob Säugling, ob Invalide, eine Blutsteuer von jährlich 1000 Mark in den verfloßenen Besatzungsjahren allein für diesen unproduktiven und Produktion hemmenden Zweck! Wenn diese Milliarden der Reparation dienlich gemacht würden, wäre selbstverständlich den Interessen und den wahren Bedürfnissen der Entente (von der Welt ganz abgesehen!) mehr geholfen, als mit der Weiterführung der Besatzungsdummheit, des Besatzungsverbrechens.

Sie ist ein Verbrechen nicht nur an der besetzten Provinz, nicht nur an Deutschland, sondern an der gesamten, schwerkranken Weltwirtschaft. Denn wenn die Aufhebung der Besetzung zunächst die Milliarden für ihre Kosten frei geben würde, so würde sie außerdem für die rheinische Wirtschaft wieder Luft und Licht frei machen und es ihr ermöglichen, den alten Platz im Gebiet schaffender Arbeit wieder einzunehmen. Die natürlichen Möglichkeiten und die Qualitäten des Menschenmaterials sind ja gerade im Rheinland so außerordentlich groß, daß die ungeschwächte, ungehemmte Mitarbeit des Rheinlandes an dem Wiederaufbau der Welt für die Weltwirtschaft höchste Bedeutung haben wird.

In der erwähnten Broschüre habe ich schon vor vier Monaten gesagt: „Die Entente wird über kurz oder lang vor die Frage gestellt sein, ob sie dem Haß der Franzosen eine blühende Provinz opfern, die gewaltigen Schaffungsmöglichkeiten der Provinz zusammenbrechen lassen will, oder ob sie unter Verzicht auf den äußerlichen Glanz, die „gloire“, der Besetzung mit Truppen diese Möglichkeiten im eigensten Interesse aller Zugehörigen des Feindverbandes wieder zur freien und ungehemmten Entwicklung kommen lassen will.“ Wie die Erörterung des Besetzungsproblems in der eingangs angedeuteten Tonart zeigt, ist meine Voraussage schnell genug in Erfüllung gegangen. Der Ruf nach Befreiung von den moralischen und materiellen Lasten der Besetzung ist Gemeingut aller Rheinländer ohne Unterschied der innerpolitischen Stellung geworden, darüber hinaus aber auch in die Ohren europäisch denkender Gegner gedrungen. Man hat durch die Teilung Oberschlesiens Deutschland wertvollster Grundlagen für die Erfüllung seiner Reparationspflichten beraubt. Wenn die rheinische Wirtschaft nicht bald wird frei atmen und schaffen können, wird auch sie aus den Aktivposten gestrichen werden müssen, von denen der Feindverband die Begleichung der deutschen Schuld erwartet. Darum ist die Frage der Besetzung des Rheingebietes längst keine rheinische mehr und keine deutsche, sondern eine europäische, eine weltpolitische. Ihre einzig mögliche Lösung kann nur in der Aufhebung der Besetzung — oder mindestens in einer grundlegenden Umgestaltung — gegeben werden.